Stand: 09.09.2026 21:47:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/10701

"Umbau der Agrarpolitik jetzt - für Vielfalt und Agrarökologie in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/10701 vom 20.10.2020
2. Beschluss des Plenums 18/10813 vom 21.10.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 21.10.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 20.10.2020 **Drucksache** 18/**10701**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Umbau der Agrarpolitik jetzt – für Vielfalt und Agrarökologie in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

– darauf zu drängen, im kommenden Förderzeitraum der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) die rein flächenbezogenen Direktzahlungen zu Gunsten von Klimaschutz und Artenschutz abzuschmelzen und insbesondere alle Ziele, die in der Biodiversitätsstrategie und der Farm-to-Fork-Strategie formuliert sind, mit dafür geeigneten Maßnahmen unverzüglich umzusetzen,

– jede Möglichkeit im Rahmen der neuen GAP zu nutzen, um die im Gesetz zum Volksbegehren gesetzten Ziele zu erreichen,

– jede Möglichkeit im Rahmen der GAP zu nutzen, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen,

– sich für eine höchstmögliche prozentuale Umschichtung zu Gunsten der Umwelt einzusetzen,

– kofinanzierte Ausgleichszahlungen an messbare Schutzziele zu knüpfen.

Begründung:

Die konservativen Parteien im EU-Parlament wollen im Verbund mit den Sozialdemokraten über eine Agrarpolitik abstimmen, die allen wissenschaftlichen Bedenken und gesellschaftlichen Forderungen zum Trotz am „Weiter so“ festhalten will, sie weigern sich damit, die zukünftige GAP an den Notwendigkeiten der Klima- und Biodiversitätskrise auszurichten.

Dabei wurden eigentlich zum ersten Mal wissenschaftliche Erkenntnisse und Forderungen endlich ernst genommen: Der Green Deal als europäische nachhaltige Wachstumsstrategie, eine Europäische Gesetzgebung im Klimaschutz, die „Farm to Fork“-Strategie und die Biodiversitätsstrategie sollten die Rahmenbedingungen schaffen für die neue Förderperiode der GAP. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollten in die Zielsetzungen der GAP einließen, darunter einige besondere Ziele, die bis 2030 umgesetzt sein sollen, wie den Pestizideinsatz zu halbieren, den Nitrateinsatz um 20 Prozent zu reduzieren, Agroforstsysteme zu fördern oder 10 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche mittels Strauchhecken, Brachflächen, Säumen usw. zu vielfältigen und lebendigen Landschaften umzuwandeln.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Selbst die jüngsten Berichte des Europäischen Rechnungshofes machen den Handlungsbedarf sowohl im ökologischen Bereich wie auch bei einer sozial gerechteren Mittelverteilung deutlich: Zum wiederholten Male hat der Europäische Rechnungshof die GAP in ihrer Zielorientierung und Wirksamkeit massiv in Frage gestellt. Spätestens seit dem Fitness-Check der GAP im Jahr 2018 haben wir es schwarz auf weiß, dass die GAP bei Schutz der Artenvielfalt versagt.

Dass sich die konservativen Parteien im EU-Parlament nun so offensichtlich gegen einen Umbau der Agrarpolitik stemmen, lässt alle wissenschaftlichen Bedenken und berechtigten Forderungen außer Acht und hat zu einem Aufschrei von Umweltverbänden und Wissenschaftsinstituten geführt.

Die Lenkungswirkung der steuerfinanzierten Agrarpolitik muss endlich dazu genutzt werden, unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Die Staatsregierung kann und muss all ihre Möglichkeiten ausschöpfen, auf Länderebene den Klimaschutz voranzutreiben und den Verlust von Pflanzen, Säugetieren, Vögeln und Insekten in der Agrarlandschaft zu stoppen und umzukehren.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 21.10.2020 **Drucksache** 18/**10813**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**10701**

Umbau der Agrarpolitik jetzt – für Vielfalt und Agrarökologie in Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Gisela Sengl
Abg. Ruth Müller
Abg. Martin Schöffel
Abg. Ralf Stadler
Abg. Christoph Skutella
Abg. Dr. Leopold Herz
Staatsministerin Michaela Kaniber
Abg. Markus Plenk
Abg. Florian von Brunn

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umbau der Agrarpolitik jetzt - für Vielfalt und Agrarökologie in Bayern
(Drs. 18/10701)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. und Fraktion (SPD)
Keine faulen Kompromisse bei der Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik akzeptieren - für eine soziale, gerechte und nachhaltige GAP (Drs. 18/10730)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reform der Agrarpolitik - Für starke bäuerliche Familienbetriebe und gelebte Ökologie (Drs. 18/10731)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Gisela Sengl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren zu später Stunde ein enorm wichtiges Thema: Wie geht es weiter mit der Landwirtschaft in Europa?

Jährlich werden 64 Milliarden Euro, ein Drittel des gesamten EU-Haushaltes, für die Landwirtschaft in Europa ausgegeben. Das sind 6 Milliarden Euro jährlich für Deutschland und 1,2 Milliarden Euro für Bayern. Wir sind uns alle einig: Das ist sehr viel Geld. Dieses Geld ist von uns allen erarbeitetes Steuergeld. Es sollte deshalb für Ziele ausgegeben werden, die Sinn haben. Da sind wir uns auch alle einig.

Der Knackpunkt ist aber: Was hat Sinn? – Die Bürgerinnen und Bürger in Europa und die Wissenschaft sind sich einig: Sinn hat nur, diese Gelder an Bedingungen zu knüpfen, die dem Bodenschutz, dem Wasserschutz, dem Artenschutz, dem Klimaschutz und dem Umweltschutz dienen.

Bei den Konsultationen zu den EU-Agrarzahlungen von 2018 hat eine überwältigende Mehrheit der Befragten in ganz Europa angegeben, dass die Subventionen nur noch an Betriebe fließen sollen, die nachweislich Leistungen mit den vorher genannten Schutzfunktionen erbringen. Auch in der Wissenschaft sind sich alle einig, unter anderem der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, die Leopoldina und die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften. Sie alle sind sich einig: Für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen müssen die Agrarzahlungen an Umweltleistungen geknüpft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anders wird der dramatische Artenschwund nicht mehr zu stoppen sein. Die Wissenschaft bezeichnet die Landwirtschaft explizit als Partner, aber auch als Verantwortlichen. Schließlich unterliegen 50 % der Fläche Europas landwirtschaftlicher Nutzung. Der größte Artenschwund findet heute durch die landwirtschaftliche Nutzung statt; das sagen uns alle Daten.

Alle sind sich einig, und wir könnten mit dem Umbau der Agrarpolitik beginnen. Das wäre wunderbar. In unserer Gesellschaft gibt es aber Gruppen, die trotz dieser Erkenntnisse am System der bedingungslosen Flächenförderung festhalten wollen.

Die Bodeneigentümer und die flächenstarken Betriebe bilden eine Gruppe. Je mehr Fläche und je größer ein Betrieb, desto mehr Geld. Aktuell bekommt ein 36-Hektar-Betrieb – das ist ungefähr der Durchschnittsbetrieb in Bayern – circa 10.000 Euro jährlich. Der 500-Hektar-Betrieb, wie der Milchviehbetrieb in Bad Grönenbach, bekommt pauschal 140.000 Euro, unabhängig davon, wie die Flächen bewirtschaftet werden.

Die Agrarlobby aus Düngemittel-, Futtermittel-, Pharma- und Chemieindustrie bildet die andere Gruppe. Solange die Agrarzahlungen einfach so fließen, kann mit dieser Art der Nahrungsmittelerzeugung weiterhin ein profitables Geschäft gemacht werden: Mit dem Verkauf von Mineraldünger wird ein Geschäft gemacht, obwohl viele Böden jetzt schon gnadenlos überdüngt sind, ebenso wie mit dem Verkauf von Futtermitteln für viehstarke Betriebe, die die Masse ihrer Nutztiere mit den eigenen Futtererträgen nicht sicherstellen könnten und deshalb auf das billig produzierte Futter aus Südamerika angewiesen sind. Mit dem Verkauf von Antibiotika und chemischen Spritz- und Beizmitteln aller Art, ohne die die überzüchteten Hochleistungssorten und die Hochleistungsrassen bei Nutztieren die errechneten Erträge und Leistungen gar nicht erbringen könnten, wird ebenfalls ein Geschäft gemacht.

Meine Frage lautet: Warum schlägt sich die Mehrheit der politischen Parteien, insbesondere die konservativen Parteien, auf die Seite dieser Konzerne, wohl wissend, was die Folgen sind? Wir wissen, dass immer noch viel zu viel Stickstoff in der Luft und im Grundwasser landet. Der kritische Zustand unserer Bäche, Flüsse und Seen bildet auch die Landwirtschaft ab, die um sie herum betrieben wird. Wir wissen, dass eine monotone Agrarlandschaft ohne Hecken und ohne Feldraine keinen Lebensraum für verschiedene Tiere und Pflanzen bietet, die bei uns heimisch sind. Wir wissen, dass eine Landwirtschaft, die auf Chemie und Gentechnik angewiesen ist, die Welt zerstört und daran scheitert, die Menschen satt zu machen. Wir wissen außerdem, dass sich daran nichts ändern wird, wenn wir, wie bisher, an den Agrarzahlungen festhalten.

Geld ist ein wunderbares, beliebtes und auch erfolgreiches Steuerungselement. Der riesengroße Topf ist da. Wir müssten ihn nur anders verteilen. Ich unterstelle einmal,

dass Politikerinnen und Politiker für wissenschaftliche Erkenntnisse offen sind und diese über rein geldwirtschaftliche Interessen einzelner Gruppen stellen. Die Ergebnisse der jetzigen Agrarrunde sprechen leider eine vollkommen andere Sprache. Da ist nichts von der Biodiversitätsstrategie der EU zu finden, nichts von der Farm to Fork Strategy, also vom Hof auf den Teller, nichts ist zum Klimaschutz und zur Pestizidreduzierung zu finden usw. Das Agrarpaket, das die CDU-Ministerin Julia Klöckner vorgestellt hat, ist vollgestopft mit Geld, aber es enthält nichts, was wirklich wertvoll ist und was unsere Lebensgrundlagen schützen würde; denn weiterhin werden 80 % der Gelder einfach über die Fläche verteilt, ohne irgendwelche Bedingungen. Nur 20 % der Mittel können an Umwelt- und Tierschutzauflagen geknüpft werden, müssen es aber nicht. Das ist ja noch schlimmer, als es schon einmal war.

Als aktive Politikerinnen und Politiker appelliere ich an Sie alle: Wir müssen mutig, weitsichtig und verantwortungsbewusst sein. Wir müssen die Bauern unterstützen – darunter sind auch konventionelle Bauern –, die sich auf den Weg machen und auf eine nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung umstellen. Wir müssen alle Biobetriebe unterstützen. Sie verdienen das Geld und die Honorierung ihrer Leistungen.

Leider wurde jetzt das Agrarpaket auf den Weg gebracht. Für Bayern bleibt nur mehr übrig, die Spielräume auszunutzen. Deshalb mein Appell: Nützen wir die Spielräume aus! Wir brauchen einen Umbau der Agrarpolitik. Auch in Bayern findet der Artenschwund statt. Wir sind kein seliges Land. Wenn wir jetzt nicht umstellen, dann gehen unsere Lebensgrundlagen kaputt.

Wir werden dem Dringlichkeitsantrag der CSU nicht zustimmen; denn den zweiten Spiegelstrich, wonach es bei den Agrarzahlungen um die Einkommensstützung der Landwirte geht, lehnen wir ab. Die Landwirte wollen gerechte Erzeugerpreise. Sie wollen kein Geld vom Staat wie ein Hartz-IV-Empfänger. Die Bauern wollen ordentlich wirtschaften und dafür ordentliche Preise. Diese Einkommensstützung ist eine Politik der Vergangenheit. Wir brauchen eine ganz klare Unterstützung für die Umwelt, für

Klima- und Artenschutz. Dafür müssen wir uns einsetzen. Ich hoffe, dass Sie das jetzt endlich einmal kapieren.

Den Dringlichkeitsantrag der SPD unterstützen wir. Dort steht wenigstens das Richtige drin. Aber auf EU-Ebene müsst ihr euch auch noch ein bisschen anstrengen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/10701 des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN fällt mir eigentlich nur eine Frage ein: Geht es eigentlich noch unkonkreter? Was Sie gestern als angeblichen Dringlichkeitsantrag eingereicht haben, entbehrt jeder seriösen Grundlage; denn erst heute Nacht hat das EU-Parlament über die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik abgestimmt. Die Verhandlungen der europäischen Agrarminister waren erst heute früh um 5 Uhr zu Ende.

Diese Verhandlungen sind auch aus unserer Sicht enttäuschend verlaufen. Dazu haben auch die von den GRÜNEN mitregierten Länder Luxemburg, Schweden, Finnland und Österreich beigetragen. Auch sie haben mitgestimmt, dass der von Ihnen in Ihrem Antrag kritisierte Kompromiss unterlaufen wurde.

Das EU-Parlament fordert einen verpflichtenden Anteil von 30 % für Ökologisierungsmaßnahmen und mindestens 35 % für Umwelt- und Klimaschutz in der zweiten Säule. Die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat diesen Kompromiss, der von den drei größten Fraktionen S&D, EVP und Renew Europe ausgehandelt wurde, massiv unterlaufen. Die GAP-Reform wäre die Chance, die nächsten Jahre zu nutzen, eine soziale, ökologische und werteorientierte Agrarpolitik auf den Weg zu bringen. Deshalb haben wir in unserem Antrag auch den Blick auf die soziale Komponente gelenkt. Wir wollen erreichen, dass europaweit Betriebe von Direktzahlungen ausge-

schlossen werden, die gegen soziale Mindeststandards verstoßen. Unsere sozialen Errungenschaften, die über Jahrzehnte von Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen gemeinsam mit den Gewerkschaften erkämpft wurden, müssen auch zum Schutz unserer bäuerlichen Familienbetriebe in Bayern und in ganz Europa zum Standard werden. Dazu gehören ein nationaler Mindestlohn, ein anständiger Arbeitnehmerschutz und eine Sozialversicherungspflicht; denn Umwelt- und Klimaschutz bedeutet auch, dafür zu sorgen, dass Soziales und Ökologie nicht gegeneinander ausgespielt, sondern gemeinsam gedacht werden.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gibt es übrigens einen Änderungsantrag, über den am Freitag im EU-Parlament verhandelt wird. Da können sich dann auch die GRÜNEN für mehr sozialen Klima- und Umweltschutz einsetzen. Bei den Trilog-Verhandlungen geht es darum, zumindest die Forderung des EU-Parlaments durchzusetzen. Auf Bundes- und Landesebene ist es an uns, die nationale Umsetzung der verpflichtenden Öko-Regeln so zu gestalten, dass ausschließlich wirksame Instrumente etabliert werden, die einen hohen Mehrwert für den Klimaschutz, die Biodiversität sowie den Gewässer- und Grundwasserschutz in den jeweiligen Regionen bieten. Für uns gilt auch weiterhin: öffentliches Geld für öffentliche Leistung. Darüber können wir uns im Laufe der nächsten Wochen und Monate Gedanken machen und parlamentarische Initiativen einbringen.

Zu guter Letzt sei eines gesagt: Im politischen Leben muss man früher oder später einen Kompromiss schließen. Das hat schon Oscar Wilde festgestellt. Auch wir hätten uns mehr gewünscht. Das hat unsere Verhandlungsführerin Maria Noichl immer leidenschaftlich klargemacht.

Substanzlose Anträge ohne Zielvorgaben, wie wir sie heute sehen, werden nicht dazu beitragen, die Agrarpolitik positiv zu ändern. Sie tragen dazu bei, die Politik- und Europaverdrossenheit zu stärken, ohne einen eigenen Ansatz, abseits von Plattitüden und Phrasen, zu präsentieren.

Den Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER lehnen wir ab. Er enthält zwar einige gute Ansätze, setzt aber weiterhin auf die Direktzahlungen, die schon jetzt 80 % der Finanzmittel an 20 % der Betriebe verteilen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: An dieser Stelle ein Applaus für unsere Offiziantinnen und Offizianten und das Reinigungspersonal, die sich um unsere Gesundheit kümmern.

(Allgemeiner Beifall)

Als Nächster hat Herr Kollege Martin Schöffel von der CSU-Fraktion das Wort.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik befindet sich in der entscheidenden Phase. Die Parteien im Europaparlament haben sich schon auf Kompromisse verständigt. Heute Nacht hat auch der Ministerrat Beschlüsse gefasst. Ich halte es für ein gutes Signal, dass sich 27 Länderminister, unter denen auch Skeptiker in Bezug auf weitere Änderungen von Umweltleistungen in der Landwirtschaft sind, auf dieses Paket geeinigt haben. Es ist gut, dass sich der Landtag mit diesem Thema beschäftigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man jedoch Frau Kollegin Gisela Sengl zuhört, muss man sich fragen, von welchem Land sie eigentlich spricht. "Monotone Agrarlandschaften" – von Bayern spricht sie sicher nicht, vielleicht von Norddeutschland.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Frau Kollegin Sengl behauptet hier, die Agrarleistungen, die die Europäische Union derzeit ausreicht, seien an keinerlei Umweltleistungen gebunden. Lesen Sie einmal die Ausführungen zu Cross Compliance und die Vorgabe des Greenings! Lesen Sie einmal das Fachrecht! Das ist eine Unverschämtheit den Bauern gegenüber! Sie streuen den Menschen Sand in die Augen, wenn Sie sagen, diese Mittel seien an keine Umweltleistungen geknüpft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines kommt noch dazu: Frau Kollegin Sengl hat gefragt, was eigentlich Sinn mache und worüber wir heute redeten. Ich sage Ihnen: Bei der Agrarpolitik reden wir zuallererst immer noch über Bäuerinnen und Bauern, über Menschen, die täglich aufstehen und im Betrieb ihre Arbeit machen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie produzieren für uns gesunde Nahrungsmittel und sorgen dafür, dass wir auch in Corona-Zeiten Lebensmittel aus Bayern, Deutschland und Europa bekommen. Wir reden darüber, dass die Bauern unsere großartige Landschaft, von Berchtesgaden bis in die Rhön und von Oberfranken bis ins Allgäu, mit den großartigen Grünlandstrukturen, die zu unserer Landeskultur zählen und nur durch bäuerliche Leistungen mit Handarbeit erhalten werden können, sichern. Das sind die Menschen, das sind die Bäuerinnen und Bauern. Hier geht es darum, wovon die täglich leben sollen!

(Beifall bei der CSU)

Eines sage ich Ihnen auch: Wir brauchen die Bauern auch zur Umsetzung von Umweltmaßnahmen; denn wenn wir keine Bauern mehr haben, müssen Sie die Blühstreifen selbst anlegen oder von Landschaftsgärtnern anlegen lassen. Wir brauchen bäuerliche Betriebe – für unsere Nahrungsgrundlage, aber auch für unsere biologische Vielfalt.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin froh, dass das Budget der GAP besser aussieht als lange befürchtet, ja, dass in der ersten Säule auch noch die Einkommenswirkung möglich ist. Das ist gerade für unsere bayerischen Betriebe von zentraler Bedeutung. Zu Recht wird auch darüber diskutiert, wie viel ein Betrieb bekommen kann und dass große Agrarunternehmen gekappt werden müssen. Dafür stehen wir ein. Das war schon immer die Position dieses Hauses. Das ist ja gar keine Frage. Das muss auch wieder deutlich in die neuen Verhandlungen eingebracht werden.

Direktzahlungen dürfen keinesfalls eine Verzinsung für große Grundstückskäufe sein. Wir wollen innerhalb Deutschlands die Umverteilung auf die ersten Hektare. Das hat sich bewährt. Wir haben da bei der letzten Agrarreform viel Geld nach Bayern holen und unseren kleinen Betrieben helfen können. Wir brauchen das Einkommen für unsere bäuerlichen Betriebe. Oft sind drei Generationen auf dem Hof.

Ja, es ist so: Unsere kleinen Betriebe beziehen ein Drittel ihres Gewinns aus den Direktzahlungen und zwei Drittel aus Produktionserlösen. Wenn es nach den GRÜNEN ginge, sollten diese Prämien zwar weiter zur Verfügung stehen, aber an ständig neue Umweltleistungen gebunden werden; sie sind jetzt schon an Umweltleistungen gebunden. Die GRÜNEN satteln ständig drauf. Dann können gerade die Familienbetriebe irgendwann nicht mehr existieren.

Wer tausend Hektar bewirtschaftet, kann leicht einige Hektar in verschiedene Programme schieben. Wer von dreißig Hektar leben muss, kann das nicht unbegrenzt. Diese landwirtschaftlichen Familien leben von Milch, von Fleisch, von Veredelung und brauchen die Fläche für die Fütterung ihrer Tiere. Wahrscheinlich sind die GRÜNEN deswegen so massiv gegen den bayerischen Bauernstand eingestellt.

60 % des Einkommens kommt aus der landwirtschaftlichen Produktion. Dieses wird von den GRÜNEN systematisch zerstört. Wenn die Kollegin Sengl hier sagt, die Bauern wollten von ihren verkauften Produkten leben, dann muss man sie doch fragen, was die GRÜNEN denn im Bundesrat machen, wo sie über die Zuchtsauenhaltung sprechen. Was machen die GRÜNEN denn im Bundestag, wenn sie wieder fordern, die Anbindehaltung sofort zu beenden? – Sie haben im Agrarausschuss die Unwahrheit gesagt. Sie haben gesagt, im Antrag der GRÜNEN seien lange Übergangsfristen von zehn oder zwölf Jahren eingeplant; das sind sie eben nicht! Lesen Sie die entsprechende Bundestagsdrucksache 19/20566.

Ich sage Ihnen: Gestern haben Habeck und Künast einen radikalen Systemwechsel gefordert. Das ist der Grund dafür, dass dieser Antrag heute von den GRÜNEN vorge-

legt wird. Das sind alles alte Kamellen. Der Antrag ist wahrscheinlich nicht mal in München, sondern anderswo geschrieben worden. So wird radikaler Systemwechsel, so wird auch Ihre Politik in Berlin gemacht.

(Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zukunft der Bauern ist Ihnen völlig egal.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Habeck und Künast wollen Bayern gezielt schaden. Die GRÜNEN im Landtag machen da offenbar einfach mit.

Sie merken offenbar auch nicht, dass die Landwirtschaft in Bayern ganz anders als die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein aussieht. Wir erhalten mit dem bayerischen Weg landwirtschaftliche Betriebe und tun für Umwelt und Natur mehr als alle anderen Länder in Deutschland.

Wir haben in unserem Volksbegehren zusätzliche Leistungen in Höhe von 75 Millionen draufgelegt. Wir haben unter dem Motto "Mehr Kooperation und weniger Konfrontation" den mit Abstand engagiertesten Naturschutz. Wir in Bayern zahlen pro Hektar 90 Euro für Agrarumweltmaßnahmen. Was zahlt Schleswig-Holstein, wo Herr Habeck lange Agrarminister war? – 13 Euro pro Hektar, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir zahlen durchschnittlich 90 Euro, Schleswig-Holstein zahlt 13 Euro. Ich könnte mit den Betriebsgrößen weitermachen: Ein durchschnittlicher Milchviehbetrieb in Schleswig-Holstein hat 100 Milchkühe, in Bayern 40. In Schleswig-Holstein hat ein durchschnittlicher Mastschweinbetrieb 935 Mastschweine, in Bayern 366 usw. usw.

Wir dürfen nie aus den Augen verlieren, dass alles, was wir tun – das gilt auch bei der Gemeinsamen Agrarpolitik –, darauf ausgerichtet sein muss, dass unsere Betriebsleiterfamilien, die sich an alle vorgegebenen Regeln halten, auch von ihrem Betrieb leben können. Der Ansatz hierzu besteht ganz klar in der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Ich finde, es ist ein guter Kompromiss erzielt worden. Wir werden auf nationaler Ebene weiter daran arbeiten müssen, dass in unsere bayerischen Betriebe möglichst viel Geld fließt. Wir brauchen deswegen eine deutliche Verstärkung der Umverteilung auf die ersten Hektare. Das hilft unseren Betrieben am meisten. Vor allem aber hilft eine klare Hinwendung zu unseren bäuerlichen Familien.

Was Sie machen, hat die bäuerlichen Familienbetriebe überhaupt nicht mehr im Blick. Sie sprechen ja überhaupt nicht mehr über die Bauern, sondern nur über Ihre von Berlin vorgegebene Ideologie.

(Zuruf)

Wir lehnen den Antrag der GRÜNEN und auch den Antrag der SPD ab. Die Kritik an den Beschlüssen dieser Nacht ist in dieser Form nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident! Guten Abend, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der GRÜNEN ist durch die aktuellen Beschlüsse der EU-Agrarminister zur Gemeinsamen Agrarpolitik überflüssig geworden. 20 % der Mittel aus der ersten Säule, insgesamt 387 Milliarden Euro, werden zukünftig für Umwelt- und den sogenannten Klimaschutz aufgewendet.

Ja, auch wir wollen einen Umbau der Agrarpolitik. Wir wollen ihn aber anders, als ihn sich die Ökofantasten bei den GRÜNEN vorstellen. Wir wollen die Freiheit der Landwirte stärken, wir wollen weniger Gängelung, weniger Vorschriften und weniger Bürokratie für die Bauern. Wir wollen fair ausgehandelte Preise für die Erzeuger und weniger staatliche Eingriffe; nur so können wir die wirtschaftliche Situation verbessern.

Wenn Betriebe schon durch EU-Ausgleichszahlungen gefördert werden sollen, dann soll das unseren kleinen und mittleren bayerischen Betrieben und nicht den Agrarfabriken in Norddeutschland und Osteuropa zugutekommen. Gesetzlich vorgegebene Anteile an Ökobewirtschaftung führen nicht nur zu einer Teilenteignung der konventionell wirtschaftenden Landwirte, sondern bedrohen durch planwirtschaftlich erzeugtes Überangebot an Biolebensmitteln langfristig die Existenz gesunder Biobetriebe.

Die GRÜNEN fordern weniger Einsatz von Düngemitteln, zum Beispiel von Nitrat. Dann sollte ihnen aber auch klar sein, dass das weniger Ertrag bedeutet. Deutschland ist im Übrigen bei der Umsetzung der Nitratrichtlinie wieder übereifrig gewesen und weist nahezu willkürlich rote Gebiete aus. Erst muss einmal das Fundament für ökologische Bewirtschaftung geschaffen werden. Dazu gehört zunächst eine umfassende Bodenuntersuchung für Biobetriebe. Die AfD hat das erst kürzlich in einem Antrag gefordert, den ausgerechnet die GRÜNEN abgelehnt haben. Die Agroforstsysteme sind – wir haben das schon bei den früheren Anträgen ausgeführt – wenig praktikabel und dazu bei kleinen Flächen unrentabel. Wir haben weiß Gott genug Energiepflanzen in Form von Holz. Für Agroforstsysteme besteht also kein Bedarf.

Meine Damen und Herren, man muss sich schon fragen, was in den Köpfen der GRÜNEN vorgeht. Sie haben lieber in der Landschaft eine Brache als produktive Flächen, auf denen Nahrungsmittel für die Bevölkerung erzeugt werden. Es kommt einer kalten Enteignung gleich, dafür zehn Prozent der Fläche zu nehmen. Hinzu kommt noch, dass die Landwirte in zunehmendem Maße Energiepflanzen und Biomasse erzeugen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig eine autarke Lebensmittelversorgung ist. Wer weiß, was sich Söder noch ausgedacht hat, um einen weiteren Lockdown zu provozieren! Es wird dann darauf ankommen, unsere Bevölkerung mit ausreichend heimischen Nahrungsmitteln zu versorgen.

Ein deutscher Landwirt ernährt heute 140 Menschen; das sind doppelt so viele wie 1980. Im Gegenzug geben immer mehr Betriebe die Produktion auf. Spätestens dann wird auch der letzte GRÜNE merken, dass man von Brachflächen nicht satt werden kann.

Ich will mit einer weiteren falschen Vorstellung der GRÜNEN aufräumen: Man kann das Klima so wenig wie das Wetter schützen. Man kann sich allerhöchstens vor dem Wetter schützen. Für die Landwirtschaft heißt das, dass man Pflanzenzüchtung und Ackerbau auf normale Klimaveränderung ausrichten muss. Agrarpolitik dient zuallererst der Sicherstellung der Ernährung. Agrarflächen sind keine Biotope.

Der Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit, Qualität und Umwelt ist für unsere Landwirte kaum zu schaffen. Deshalb ist unbedingt eine Regionalisierung der Agrarpolitik anzustreben. Wir beabsichtigen in diesem Zusammenhang, den Strukturwandel zu bremsen. Unserer Ansicht nach ist die Stärkung der landwirtschaftlichen Räume hierfür ein wichtiges Instrument. Wir wollen dieses Ziel unter anderem dadurch erreichen, dass wir die regionale Lebensmittelerzeugung und Direktvermarktung durch bäuerliche Betriebe stärken.Langfristig kann eine Änderung nur erreicht werden durch eine Erhöhung der Erzeugerpreise auf ein Niveau, das Subventionen überflüssig macht. Wir lehnen den Antrag der SPD ab; der ist nicht der Rede wert. Bei dem CSU-Antrag verstehe ich nicht, dass Sie den heute eingereicht haben, denn Herr Schöffel hat es schon gesagt: Das ist heute schon beschlossen worden.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines ist klar: Wir werden uns heute nicht einig. Die Kollegen der GRÜNEN haben dennoch ein sehr wichtiges Thema auf die Tagesordnung gebracht, auch wenn Gisela Sengl leider wenig dazu gesagt hat, was eigentlich im Antrag gefordert wird.

Grundsatzreden haben wir heute schon zwei gehört, vielleicht kommen wir nun tatsächlich zum Grundsätzlichen zurück. Es geht um die Gestaltung und die Finanzierung der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik – GAP – in der EU von 2021 bis 2027. Es geht darum, wie wir 386 Milliarden Euro in der nächsten Förderperiode für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum verteilen, und zwar möglichst sinnvoll, und wie sinnvoll investiert wird. Das ist eine große Herausforderung, das ist eine große Aufgabe. Frau Kollegin Müller hat es angesprochen, hier müssen viele Kompromisse gefunden werden. Es geht nicht nur um Agrarpolitik, sondern es geht um wegweisende Reformen für den gesamten ländlichen Raum in der EU für die nächsten zehn Jahre. Es geht darum, wie wir Lebensmittel produzieren, aber auch darum, wie wir unsere Landschaft gestalten, wie wir die Artenvielfalt erhalten und fördern und wie wir unsere Gewässer schützen. Es geht um 10 Millionen landwirtschaftliche Betriebe und 40 Millionen Arbeitsplätze.

Diese Themen hier im Rahmen eines Dringlichkeitsantrags zu beraten, auf den dann noch zwei Fraktionen draufspringen, nur weil sie mit den EU-Verhandlungen entweder zufrieden oder unzufrieden sind, dies alles also in 45 Minuten, das finde ich schon ziemlich stark. Aus unserer Sicht sollte die aktuelle Gemeinsame Agrarpolitik beibehalten werden. Wir erachten die bewährte Zwei-Säulen-Struktur für unverzichtbar. Wir gehen davon aus, dass eine nachhaltige und vielfältige Landwirtschaft die Grundvoraussetzung ist für einen gut funktionierenden, wirtschaftlich prosperierenden ländlichen Raum. Die kleinen und mittelgroßen bäuerlichen Familienbetriebe in Bayern brauchen geeignete Fördermittel, um die gesellschaftlichen Erwartungen hinsichtlich Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Tierwohl erfüllen zu können. Wir, die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag, unterstützen die Position der Liberalen in Brüssel, der Renew-Europe-Fraktion. Wir unterstützen auch die Kompromisslinie, die die drei größten Fraktionen im Europäischen Parlament, nämlich die EVP, die S&D und die Liberalen, ausgearbeitet haben. Diese Kompromisslinie ist deutlich stärker umwelt- und klimaschutzorientiert als die Haltung der EU-Agrarminister.

Wir freuen uns, dass sich dieser Vorschlag gestern im EU-Parlament durchgesetzt hat. Wir Liberale sind der Auffassung, die Kompromisslinie der drei größten Fraktionen im EU-Parlament ist eine gute Verhandlungsgrundlage für den entscheidenden Trilog, in dem Rat, Parlament und Kommission die Reform in Stein meißeln werden. Die endgültige Entscheidung wird wohl erst im März 2021 getroffen. Vor 2023 wird die neue GAP aller Wahrscheinlichkeit nach nicht greifen. Wir werden deswegen den Antrag der GRÜNEN ablehnen. Bei den Anträgen der SPD, der CSU und der FREIEN WÄHLER werden wir uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Leopold Herz von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Appell an Brüssel beginnen und hoffe, er wird dort vernommen. Wir stehen dort vor wegweisenden Entscheidungen. Dort kommt in den Verhandlungsunterlagen immer wieder das Wort "Konditionalität" vor. Mit diesem Begriff kann weder ein Landwirt noch ein Verbraucher etwas anfangen. Ich meine, hier sollte man eine Sprache finden, die die Menschen auch verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein zweiter, auch sehr wichtiger Punkt: Man kann die Verhandlungen nicht beginnen, ohne zu wissen, welche Grundlagen eigentlich bestehen. Wir alle wissen, der Brexit ist noch nicht zu Ende gebracht. Wir haben eben gehört, dass wir um Milliardenbeträge feilschen. Aber noch immer ist nicht klar, wie, wann und ob das Vereinigte Königreich die EU verlassen wird. Dabei geht es nicht um wenig Geld, sondern um mindestens 5 Milliarden Euro, die die Engländer damals als Nettozahler beigesteuert haben. Ich fordere hier noch einmal dringend in Richtung Brüssel, Ergebnisse zu bringen. Wir können uns hier nicht abstrampeln, und dann wird uns irgendwann mitgeteilt, die Finanzierungsgrundlage ist nicht gegeben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist

schließlich ein Unterschied, ob 10 % oder 4 %, ob 14 % oder 2 % des Agraretats gekürzt werden sollen. Deshalb bedarf es hier der Klarheit.

Zu den Anträgen, zunächst zum Antrag der Kollegen der SPD: Der Antrag ist an sich schlüssig und zu verstehen. In diesem Antrag gibt es aber drei Hindernisse. Zum Ersten haben wir in Europa leider noch kein Sozialministerium. Deshalb können wir diese Sozialstandards nicht allein in diesem Agrarpaket behandeln. Zum Zweiten wird in dem Antrag von nicht unsinnigen Regelungen gesprochen. Ein Kollege hat es gerade angesprochen, in diesem Gremium werden wir uns nicht einig werden, was sinnige und was unsinnige Regelungen sind. Zum Dritten, und das ist ganz besonders schade. Nun gab es in Brüssel Abstimmungen zwischen den Christdemokraten, den Sozialdemokraten und den Liberalen. Da seid ihr auch mit dabei. Das widerspricht sich dann schon in einem entscheidenden Punkt.

Nun komme ich zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN. Das ist schon eine Unterstellung. Dieser Antrag befasst sich im Grunde genommen nicht mit den Verhandlungen. Wir können in einem derart großen Agrarpaket nicht nur in eine Richtung schauen. Das ist wie bei der Tagespolitik, da können wir uns auch nicht nur mit einem Thema befassen. Ich muss es schon zurückweisen, denn von den fast 60 Milliarden Euro stehen immerhin 9 Milliarden Euro für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung. Das ist nicht wenig. Außerdem besteht noch die Chance, in den Trilogverhandlungen draufzusatteln. Da haben wir gute Chancen, dass wir noch zu den 30 % kommen. Im Übrigen habe ich mir sagen lassen, dass sich jetzt 26 Vorschriften mit Klima- und Umweltschutz bei den einzelnen Landwirten befassen. Von daher ist eine Menge draufgesattelt worden. Ich nenne zwei Beispiele. Was die Wasserrahmenrichtlinie anbelangt, so kam etwas ganz deutlich hinzu. In Bayern haben wir inzwischen die Roten Gebiete von 25 % auf 12 % reduziert. Wir haben die Feucht- und die Torfgebiete ebenfalls drin. Hier ist also einiges gegeben.

Zum Schluss, und damit will ich zum Ende kommen, noch zwei wesentliche Überlegungen für die Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn wir die Bevölkerung,

die landwirtschaftliche und die außerlandwirtschaftliche Bevölkerung, weiter auseinanderdividieren wollen, dann müssen wir auch künftig solche Anträge bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Wenn wir wollen, dass die deutsche Landwirtschaft und auch die bayerische Landwirtschaft zunehmend aus unserer Umgebung verschwinden, dann brauchen wir weiterhin Anträge auf Flächenstilllegungen, Anträge, um Schweinehalter niedrig zu halten, Anträge, die Anbindehaltung für Rinder verbieten, und Anträge gegen die Hühnermast. Die Hühnerhalter gehen dann nach Estland und nach Lettland. Liebe Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ich bitte, in sich zu gehen und diese unsägliche Diskussion wieder zu versachlichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun Frau Staatsministerin Michaela Kaniber für die Staatsregierung.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegin Gisela Sengl! Ich möchte gleich vorweg eine Frage stellen: Was sind die bayerischen Bauern für dich, liebe Gisela? Wer die einkommenswirksamen Direktzahlungen ablehnt und sagt, es gehe rein um das Gemeinwohl; da müsse geleistet und bezahlt werden, lässt die Frage aufkommen, ob der Bauer und die Bäuerin in Bayern für unsere GRÜNEN Leibeigene sind, die keinen Anspruch auf ein eigenes Einkommen haben. Sie haben die Flächenzahlungen erwähnt. Sie nennen den bayerischen Durchschnittsbetrieb. Sie nennen einen von fünf Großbetrieben in Bayern. Ich nenne Ihnen auch einen Betrieb, der am besten zeigt, wie heuchlerisch grüne Politik aussehen kann. Es gibt nämlich auch GRÜNEN-Politiker in Brüssel, die Betriebe mit 800 Hektar haben und 240.000 Euro Direktzahlungen einstreichen. – Viele Grüße an Ihre Kollegin Sarah Wiener.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute Nacht ist hart verhandelt worden. Das ist gar keine Frage. Es gab wichtige Vorentscheidungen. Ich kann nur sagen: Es ist eine allgemeine Ausrichtung geschehen, die es so noch nie gegeben hat. Heute Nacht hat es einen Schritt in Richtung mehr Umweltschutz, in Richtung mehr Biodiversität und in Richtung mehr Klimaschutz gegeben. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und unsere Julia Klöckner haben dies geschafft. Aus meiner Sicht ist es zum ersten Mal gelungen, die berechtigten Interessen von Verbrauchern, Umwelt- und Ressourcenschutz, aber vor allem auch die Interessen der Landwirte unter einen Hut zu bringen. Ich finde, dies ist eine sehr gute Basis für die nun anstehenden Verhandlungen im Trilog.

Konkret und ausdrücklich begrüße ich die 20 % in der ersten Säule. Hier soll eingeführt werden, dass die gesamte Landwirtschaft in der EU jetzt auch ökologische Leistungen einbringt. Jahrelang haben wir darum gekämpft, die Wettbewerbsfähigkeit auf einen gleichen Standard zu bringen, damit die Standards nicht bei uns permanent hochgeschraubt werden, sondern alle EU-Mitgliedstaaten mitmachen. Aus meiner Sicht wäre es ein großer Fehler gewesen, den Wettbewerbsverzerrungen weiter Vorschub zu leisten. Wir sitzen alle im gleichen Boot. Wir haben alle nur diese eine Welt. Umso wichtiger ist es auch, jetzt einen Kompromiss zu finden. Ein bisschen was oder noch mehr ginge theoretisch immer. Fordern könnte man immer bis ultimo. Das ist klar. Es geht jetzt aber darum anzupacken. Deswegen finde ich persönlich die gesteckten Ziele richtig und wichtig, um mehr Biodiversität und mehr Klimaschutz zu erreichen.

Seien wir ehrlich – mein Kollege Martin Schöffel hat es vorhin schon sehr deutlich angesprochen –: Wenn sich ein langjähriger Umwelt- und Landwirtschaftsminister gestern extrem enttäuscht von den Verhandlungen zeigt – ich muss jetzt nicht noch einmal aufzeigen, wie das Verhältnis der Agrarumweltleistungen zwischen Schleswig-Holstein und Bayern ist –, dann finde ich das in höchstem Maße bedenklich. Wenn man etwas von anderen fordert, wozu man selbst über Jahre hinweg nicht in der Lage

war, dann muss man sich die Frage der Glaubwürdigkeit gefallen lassen, ganz zu schweigen vom Realitätssinn. Ich glaube, Sie haben gar keinen; denn Sie wissen gar nicht, in welcher schwierigen Lage manch ein EU-Mitgliedstaat ist. Manche Länder sind nicht nur durch die wirtschaftlich schwierige Situation grundlegend gebeutelt, sondern jetzt auch noch durch Corona. Deswegen finde ich, dass der Kompromiss mit 20 % für Ökoregelungen auch weitreichend ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, entweder Sie sind ignorant oder Sie sind auf dem bayerischen Auge blind. Ich traue Ihnen auch zu, dass Sie mit Bayern nichts anfangen können. Aber immer wieder zu sagen und immer wieder über eine Landwirtschaft zu sprechen, die mit der bayerischen Landwirtschaft überhaupt nichts zu tun hat, und dabei immer wieder Worte wie Massentierhaltung, Bodenvergifter und Umweltkiller zu benutzen, spricht wirklich nicht für Sie.

Ich bleibe dabei: Bayern gibt sich die größte Mühe und liegt bei den Agrarumweltmaßnahmen an der Spitze. Die Höhe kennen Sie selbst: Wir liegen bei 370 Millionen Euro. Durch die weiteren Gelder, die zu uns kommen, könnten es 200 Millionen Euro mehr sein. Ich bleibe dabei: Ziel muss es sein, das Einkommen der Betriebe zu sichern und die Umweltleistungen zu erhöhen. Gar keine Frage, dass es bei diesem Spitzenengagement unserer Bäuerinnen und Bauern – gerade auch, was das Kulturlandschaftsprogramm und den Vertragsnaturschutz anbelangt – nicht zu Förderüberschneidungen kommen darf. Hier müssen wir eine gute Lösung für alle finden.

Bei allem Bewusstsein, bei aller Unterstützung sage ich: Wenn es darum geht, mehr ökologische Leistungen möglich zu machen, mehr für das Klima zu tun, mehr für das Tierwohl zu tun, muss es auch prioritär sein, dass wir die Ernährungssouveränität Europas schützen. Corona hat uns eindrucksvoll vor Augen geführt, wie schwierig es sein kann, wenn Lieferketten unterbrochen werden, und wie schwierig es sein kann, wenn Regale leerstehen. Das hat es bei uns in Bayern nicht gegeben. Unsere Bäuerinnen und Bauern haben sich bewährt: Es war wahrlich ein kleines Ernährungswun-

der. Das darf man natürlich nicht gefährden. Auf unsere Bäuerinnen und Bauern ist jeden Tag Verlass.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen jetzt europaweit zusammenzuhalten. Wir müssen es schaffen, dass sich Landwirtschaft und Gesellschaft nicht weiter spalten, sondern wieder zusammenrücken. Auch muss es möglich sein, dass unsere Landwirtinnen und Landwirte von dem, was sie erwirtschaften, leben können.

Deswegen bleibe ich bei unseren Forderungen. Ganz klar: Es geht um die Besserstellung der ersten Hektare. Darüber hinaus geht es um eine Degression, um eine Kappung, um solche Großbetriebe wie die genannten nicht weiter zu unterstützen, sondern um das Geld zu den kleinen und mittelständischen Betrieben zu lenken. Es geht nicht darum, dass wir Großindustrie unterstützen. Dies wollen wir gar nicht. Die Gesellschaft will dies auch nicht.

Deswegen bleiben wir dabei: Wir setzen hier gemeinsam ein Zeichen, damit es künftig zu höheren Anforderungen kommt, wenn es um Direktzahlungen geht. Wir müssen aber auch einen Schutz darüberlegen, um Haupt- und Nebenerwerb zu bewahren, damit es unseren Betrieben auch möglich ist, die bewährten Agrarumweltprogramme anzuwenden.

Die über 100.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern können sich auf uns verlassen. Was die erforderlichen Verbesserungen im Bereich des Klimaschutzes, der Biodiversität und des Ressourcenschutzes betrifft, muss ich jetzt noch einmal ausdrücklich betonen: Sie sind wichtig. Das sind unsere Lebensgrundlagen. Das ist gar keine Frage. Aber permanent den Menschen, der all das möglich macht, zu vergessen, ist schon ein Punkt.

Für uns steht die bäuerliche Familie im Mittelpunkt. Wir vergessen nicht, dass es auch hier um die drei Säulen geht: Es geht um Ökonomie, es geht um Ökologie, aber vor

allem auch um die soziale Frage, um diesen Betrieben eine Zukunft zu ermöglichen. Unsere Bäuerinnen und Bauern können sich diesbezüglich auf uns verlassen; denn diese Staatsregierung versucht immer wieder, Brücken zwischen allen Teilen der Bevölkerung zu bauen. Zu allen Teilen dieser Bevölkerung gehört auch die Bauernschaft. Unsere Bäuerinnen und Bauern "erhalten" uns tatsächlich – in allen Phasen, in allen Lagen. Bei diesem Ausgleich zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und landwirtschaftlicher Praxis müssen wir weiterkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der GRÜNEN, mit Ihrem Antrag stoßen Sie natürlich die Tonlage weiter an. Es ist immer dasselbe Horn. Man kann wunderbar zusehen. Ich habe wirklich den Eindruck, das Wording von ihrem agrarpolitischen Sprecher in Brüssel wird eins zu eins übernommen. Dann geht es weiter über Berlin und wird vielleicht mit einem kleinen Lautverstärker noch nach Bayern gelotst. Sie müssen sich schon überlegen, für wen Sie kämpfen und für wen Sie sich einsetzen wollen. Diese Staatsregierung, diese Regierungskoalition im Landtag weiß jedenfalls jeden Tag, für wen es sich zu kämpfen lohnt, und zwar in höchstem Maße.Es geht um unsere bäuerlichen Betriebe, es geht um hohe und in Zukunft noch mehr Leistungen der Betriebe im Hinblick auf den Umwelt- und Klimaschutz und das Tierwohl. Es geht aber auch darum, mehr Regionalität zu leben. Es geht darum, den Ökolandbau weiter zu fördern und zu unterstützen, aber nicht so, wie Sie es sich vorstellen: Gelder auszuschütten und es nicht möglich zu machen, die Ware abzusetzen.

Es braucht tatsächlich Realismus und Augenmaß. Die Staatsregierung handelt von ganzem Herzen. Wir wissen, für wen wir kämpfen. Sie haben es verdient. Ich sage allen bayerischen Bäuerinnen und Bauern Danke.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Ministerin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Wir haben drei Zwischenbemerkungen. Die erste Intervention: der Kollege Plenk. Bitte schön, Herr Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Staatsministerin, ich stimme Ihren Ausführungen zu. Was mir in der Debatte über Agrarpolitik im Allgemeinen zu kurz kommt: Wir machen eigentlich immer eine GuV- bzw. Cashflow-Betrachtung. Ein landwirtschaftlicher Betrieb führt aber auch eine Bilanz. Dabei geht es am Ende um Substanz und Substanzerhalt, um den Erhalt des Eigentums. Wir sehen eine schleichende Enteignung über die letzten Jahrzehnte. Meine Frage ist: Wie gedenken Sie dem entgegenzuwirken? Eigentum ist die Voraussetzung für Nachhaltigkeit und letztendlich für Ökologie.

Die zweite Frage wäre: Viele Kommunen betätigen sich leider mehr oder weniger als Feinde der Landwirtschaft, weil es Begehrlichkeiten an landwirtschaftlichen Flächen für Bebauung etc. gibt. Wie wollen Sie diese Flanke schließen, damit die bäuerlichen Betriebe nicht weiter an Substanz und damit ihre Existenzgrundlage verlieren?

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Lieber Herr Plenk, zunächst einmal zur Frage des Eigentums: Dazu gehört eigentlich zwangsläufig die Frage des Flächenschutzes. Diese Staatsregierung hat einen Eigentumspakt mit den bayerischen Bäuerinnen und Bauern geschlossen. Ich denke, kaum eine andere Partei und Staatsregierung hat sich in diesem hohen Maße dafür eingesetzt. Wir waren, sind und bleiben die Partei des Eigentums. Sie können von mir gerne den Eigentumspakt zugeschickt bekommen. Sie können dann im Detail nachlesen, wie sehr wir auf den Eigentumsschutz Wert legen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von der Kollegin Gisela Sengl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich möchte von Ihnen persönlich wissen: Ich kenne keine wissenschaftliche Studie, die etwas anderes besagt als das, was ich in meiner Rede gesagt habe. Alle Studien bestätigen, dass in der Agrarpolitik sehr viel gemacht werden muss hinsichtlich zusätzlicher Umweltleistun-

gen. Ein Umsteuern bei den Agrarzahlungen wäre ein gutes Mittel, um Effekte zu erzielen.

Der verhandelte Kompromiss zementiert den Status quo. Sagen Sie damit, dass die wissenschaftlichen Studien nicht recht haben? Die Daten zeigen: Es ist fünf vor zwölf, was den Artenschwund anbetrifft. Deswegen überrascht mich das. Ich kenne Ihre Partei in anderer Hinsicht als sehr wissenschaftsorientiert. In der Agrarpolitik ist sie das leider nicht.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sie stellen mir herzige Fragen. Das, was heute Nacht als Kompromiss ausgehandelt wurde, ist wahrlich ein großer Schritt, um endlich alle EU-Mitgliedstaaten mitzunehmen, damit sie Agrarumweltmaßnahmen ergreifen.

Wir haben übrigens in der Agrarministerkonferenz darüber gesprochen. Ich weiß, dass Ihnen diese zwei Jahre Lernphase nicht gefallen. Aber es muss doch eine Möglichkeit geben, alle EU-Mitgliedstaaten ins Boot zu holen und die Politik so auszurichten, dass Bereitschaft besteht, diese Ökoleistungen zu erbringen.

Was wäre denn die Alternative gewesen? – Die Alternative wäre gewesen, gar nichts auszuhandeln. Vermutlich wäre dann wieder Deutschland in seiner Stärke bei Umwelt- und Naturschutz vorangegangen. Dann hätten wir gar nichts gehabt. Ich finde, das ist ein großartiger erster Schritt. Ich hoffe sehr, dass wirklich alle mitmachen. Damit sind die Direktzahlungen dann auch gesichert.

Zur zweiten Frage: –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist schon zu Ende. Sie haben nur eine Minute Zeit. – Zur nächsten Zwischenbemerkung hat sich noch Herr Kollege von Brunn gemeldet.

Florian von Brunn (SPD): Frau Ministerin, Sie haben eine – wie soll ich sagen? – Saite angeschlagen, die wir im Landtag oft hören, nämlich dass es in Bayern viele

Agrarumweltmaßnahmen gibt, dass der Freistaat schon viel tut. Nichtsdestoweniger müssen wir feststellen, dass es Insektensterben gibt, dass die Artenvielfalt massiv abnimmt, dass es Artensterben gibt. Das sind objektive Zahlen, die Sie nach Brüssel melden müssen. Die Bevölkerung hat ihren Willen zum Artenschutz mit dem Volksbegehren "Artenvielfalt" klar zum Ausdruck gebracht. Ich will jetzt gar nicht ins Beckmesserische geraten. Ich will Sie einfach fragen: Wann gibt es denn von Ihrer Seite und vom Umweltministerium mal eine Bestandsaufnahme, wo wir stehen, was die Artenvielfalt in Bayern angeht, ob es aufwärts oder abwärts geht? Können Sie uns mal sagen, wie Sie planen, das festzustellen und dem Landtag und der Öffentlichkeit zu sagen: Hier stehen wir – haben die Maßnahmen Erfolg gehabt oder nicht? Das wäre mal etwas Konkretes.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Das würde bedeuten, dass die Maßnahmen, die wir schon seit Jahren machen, gar nichts gebracht haben. Natürlich sind die Zahlen bei rückblickender Betrachtung enttäuschend. Da war letztlich eine Studie, der man viel Glauben geschenkt hat. Für mich ist es ganz prioritär, dass wir mit der Landesanstalt für Landwirtschaft daran arbeiten, um zu sehen, was der Mehrwert aus diesem Volksbegehren ist.

Wir können heute schon sagen, dass eine Masse von Anträgen gestellt wurde, um mehr Biodiversität in die Fläche zu bringen. Natürlich wird es Ergebnisse geben; aber bitte geben Sie mir ein bisschen Zeit. Die Natur kann nicht zaubern. Das ist nicht anders als beim Nitrat: Es dauert immer eine Zeit, bis die Verbesserungen eintreten. Um dann auch wissenschaftlich fundierte Zahlen zu haben, brauchen wir noch ein bisschen Zeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/10701 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die SPD, FREIE WÄHLER, CSU, AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) und die FDP. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/10730 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/10731 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die AfD. Stimmenthaltungen! – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.